

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwirn

Telefon: (0228) 21-9038/39
Telefax: 885846 ppbn d
Telefax: 21 0664



Inhalt

Prof. Uwe Holtz MdB erläutert die Vorschläge des Europarats zur Eindämmung von Waffenlieferungen in die Dritte Welt.

Seite 1

Erwin Horn MdB erwartet für die Zukunft nichts Gutes von der Bonner Hardthöhe: Stoltenberg bleibt und schweigt.

Seite 3

Harald B. Schäfer MdB erläutert am Fall Irak die Gefahren, die in Spannungszeiten von Atomanlagen ausgehen.

Seite 5

Dokumentation:
Der Bonner Appell für die Beendigung des Golfkrieges.

Seite 6

46. Jahrgang / 17

24. Januar 1991

Europarat für strengere Waffenexport-Politik

Der Teufelskreis des Rüstungswettlaufs in der Dritten Welt muß durchbrochen werden

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates wird bei ihrer Tagung in der letzten Januarwoche 1991 einen ebenso interessanten wie brisanten Bericht zum Thema "Technologietransfer" behandeln. In diesem Bericht geht es nicht allein um die notwendige Lockerung der geltenden Exportbeschränkungen beim Transfer von fortgeschrittenen Technologien in die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten, die in den COCOM-Regelungen (Coordinating Committee on Export Controls) festgelegt sind. Es geht auch und vor allem um die Lieferung von sensiblen Waren und Technologien in bestimmte Länder der Dritten Welt. Harsche Kritik übt der Berichterstatter, der Schweizer Ständeratsabgeordnete Miville, an der unrühmlichen Rolle, die gerade die Bundesrepublik Deutschland bei Waffenlieferungen in den Irak und andere Entwicklungsländer gespielt hat.

So wird ausgeführt, daß von den 207 Unternehmen aus verschiedenen Industrieländern, die den Irak bei der Produktion von biologischen und chemischen Waffen unterstützt haben, - und zwar auch noch nach dem Giftgasangriff gegen den Iran und die eigene Bevölkerung - allein 86 aus Deutschland stammen. Dank dieser technischen "Hilfe" ist der Irak nun in der Lage, jährlich zwischen 1.400 und 2.500 Tonnen chemischer Waffen herzustellen. Der Bericht geht auf die ganze Liste der Exportskandale ein, die die Bundesrepublik in der letzten Zeit erschüttert haben: die U-Boot-Blaupausen für Südafrika, die nach Pakistan und Brasilien transferierte Nukleartechnologie, nach Argentinien, Ägypten und in den Irak gelieferte ABC-Trägerwaffen, die Tornados für Jordanien, an den Iran verkaufte Grundstoffe für Chemiewaffen, die Beteiligung am Aufbau der Giftgasfabrik im libyschen Rabta, die Lieferung von zu militärischen Zwecken nutzbaren chemischen Einrichtungen in den Irak durch die Hamburger WET und die hessische Labsco.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kleinformatiger Umfang
mit wertvollen Rohstoffen
Herstellungspapier



Darüber hinaus wird hervorgehoben, daß nicht alle Waffenlieferungen in den Irak illegal gewesen sind. Die wichtigsten Geschäfte zwischen Messerschmitt-Bölkow-Blom und dem Irak wurden, so der Bericht, über die deutsch-französische EUROMISSILE - von der MBB 50 Prozent hält - getätigt, und dies in absoluter Übereinstimmung mit der Gesetzgebung. Dank der Vermittlung von EUROMISSILE konnte Saddam Hussein 5.000 Panzerabwehrraketen, 166 lenkbare Panzerabwehrraketen vom Typ HOT und 4.564 MILAN-Systeme kaufen.

Die Invasion Kuwaits und der Ausbruch des Golf-Krieges haben der ganzen Welt auf drastische Weise vor Augen geführt, was passieren kann, wenn Kriegswaffen in die Hände von skrupellosen Diktatoren gelangen, die zu allem bereit sind. Und es ist deutlich geworden, daß die Industriestaaten in Ost und West keine globale Strategie und keine Koordinierungsmechanismen im Hinblick auf den Transfer von sensiblen Technologien in mögliche Krisenländer der Dritten Welt entwickelt haben.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs ist die Kriegsgefahr in der Welt nicht automatisch gebannt worden. Längst hat die enorme Aufrüstung vieler Entwicklungsländer neue Verwundbarkeiten im internationalen Sicherheitssystem geschaffen. Wie der im September 1989 vom Ausschuß für Wirtschaft und Entwicklung des Europarates vorgelegte "Bericht über Waffenexporte, Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung" (Berichtersteller: Uwe Holtz) zeigt, sind die Rüstungsausgaben in der Dritten Welt von 1977 bis 1986 um 38 Prozent gestiegen. Zusammengefaßt geben die Entwicklungsländer heute viermal so viel für Rüstung aus, wie sie an staatlicher Entwicklungsfinanzierung erhalten. Über die Hälfte der Waffenimporte geht dabei in den Nahen Osten.

Dieser Rüstungswettlauf in der Dritten Welt ist von den Waffenexportländern mit angeheizt worden. Die Bandbreite der dafür Verantwortlichen reicht von Regierungen bis zu gewissenlosen und profitsüchtigen Waffenhändlern. Nur in wenigen Fällen wurden die Waffen zur - legitimen - Selbstverteidigung gegenüber einem äußeren Aggressor eingesetzt. Fast zwei Drittel der militärischen Konflikte, die zwischen 1945 und 1985 stattgefunden haben, waren innerstaatliche Konflikte und somit nicht mit Artikel 51 der UNO-Charta (dem Recht auf Selbstverteidigung) zu rechtfertigen. Diese Waffen dienen der Repression innerhalb der eigenen Grenzen. Mit ihnen werden soziale Unruhen niedergeschlagen, werden ethnische und religiöse Minderheiten unterdrückt, werden elementare Menschenrechte gemordet. Vielfach setzt sich dabei eine verhängnisvolle Eigendynamik in Gang: Um die Devisen für Waffenverkäufe aufbringen zu können, müssen die Importländer eine export-orientierte Entwicklungsstrategie einschlagen, die der eigenen Bevölkerung oft harte Opfer abverlangt und deshalb wiederum zu neuen Spannungen und neuen Waffenimporten führt. Diese Waffenimporte sind nicht nur ein Hemmschuh für Entwicklung, sie enthalten auch eine enorme Sprengkraft für mögliche regionale Konflikte.

Wenn sich die demokratische Welt zum Fürsprecher der Menschenrechte und des Völkerrechts machen will, muß sie dazu bereit sein, eine selektivere, restriktivere und besser kontrollierbare Waffenexportpraxis durchzusetzen - auch und gerade gegen die Interessen der eigenen Rüstungslobby.

Wenn sich bislang keine Mehrheit für eine Beschränkung der Waffenexporte auf OECD-Länder fand - so wie es zum Beispiel die SPD im Deutschen Bundestag gefordert hatte - so hat der Europarat mit der Verabschiedung der Resolution 928 am 27. September 1989 doch wichtige und wegweisende Schritte zur Verwirklichung einer strengeren Exportpolitik auf europäischer Ebene vorgegeben, und zwar vor allem:

1. Daten und Zahlen über den internationalen Handel mit Waffen müssen transparenter gemacht werden. Oft wird der Waffenhandel in den Exportländern weder gegenüber den Parlamenten noch gegenüber der Öffentlichkeit offengelegt. Daher kann auch die Einhaltung von Endverbleibsklauseln letzten Endes umgangen werden. Es sollte ein Verzeichnis geschaffen werden, in dem möglichst alle Mitglieder der Vereinten Nationen ihre Waffenproduktion und ihren Waffenhandel enthüllen.

2. Die Europaratsstaaten müssen gemeinsame Kriterien und Definitionen für eine restriktive Waffenexport-Politik entwickeln, über deren Einhaltung parlamentarische Kontrollinstanzen zu wachen haben. (Der Miville-Bericht empfiehlt ein Waffenexport-Verbot an diktatorische Regime).
3. Unter der Federführung der Vereinten Nationen sollte eine internationale Konferenz abgehalten werden, an der alle großen Waffenexportnationen teilnehmen, mit dem Ziel, Waffenverkäufe zu begrenzen und zu überwachen. Dabei sollte ein "Koordinierungskomitee für Nord-Süd-Waffenhandelspolitik" eingerichtet werden, das den Export sensibler Technologien in Länder der Dritten Welt kontrolliert.
4. Ausgehend von der Grundüberlegung, daß das legitime Sicherheitsbedürfnis von Ländern der Dritten Welt akzeptiert werden muß, sich andererseits aber nicht jeder Staat so bewaffnen kann, daß mögliche Aggressoren ausgeschaltet werden können, sollten die Europaratsstaaten den Aufbau regionaler Friedenszonen im Sinne kollektiver Sicherheitssysteme in der Dritten Welt fördern.
5. Die Bereitschaft zum Rüstungsabbau in Entwicklungsländern sollte als Kriterium für die Gewährung von Entwicklungshilfe und für die Schuldenerleichterung berücksichtigt werden. Die Europaratsstaaten sind aufgefordert, in den Gesellschaften der Dritten Welt die Demokratie mit dem Ziel der Verwirklichung der Menschenrechte und einer sozial und ökologisch verträglichen Politik zu fördern und so dazu beizutragen, daß ihre Militarisierung verhindert wird.
6. Die OECD sollte in einer Studie die Möglichkeiten und Folgen einer Umstellung von militärischer auf zivile Produktion untersuchen.

Diese Forderungen des Europarates sollten in der tragischerweise erst jetzt durch den Ausbruch des Golf-Krieges breiter aufgekommene Diskussion um Waffenexporte berücksichtigt werden.

(-/24.1.1991/hgs/ks)

Wo bleibt das neue Bundeswehrkonzept?

Verteidigungsminister Stoltenberg bleibt - mit ihm die Unentschlossenheit der Hardthöhe

Von Erwin Horn MdB

Sicherheitspolitischer Sprecher der SPD

Die Bundeswehr muß bis Ende 1994 auf eine Stärke von 370.000 Mann reduziert werden. So haben es Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Gorbatschow bei ihrem Treffen im Juli 1990 im Kaukasus abgesprochen, und zu dieser Zusage hat sich die Bundesrepublik Deutschland bei den 2+4-Gesprächen und dem am 12. September in Moskau unterzeichneten Vertrag bekannt.

Seit diesem Zeitpunkt ist nichts geschehen, woraus man ersehen könnte, wie diese Verringerung der Bundeswehr erfolgen soll. Obwohl diese Aufgabe zu der größten Herausforderung gehört, der sich die politische Leitung des Verteidigungsministeriums längst hätte stellen müssen, schiebt Minister Stoltenberg die überfälligen Entscheidungen weiter vor sich her - zu Lasten der betroffenen Soldaten und Zivilbeschäftigten sowie der Kommunen.

Sollten aber Entscheidungen bereits gefallen sein, so wurden diese ohne Beteiligung der betroffenen Interessenvertretungen von Soldaten und Zivilbeschäftigten und ohne Konsultation der Städte und Gemeinden getroffen. Das eine ist so schlimm wie das andere. Dem Parlament gegenüber hüllt sich Herr Stoltenberg in Schweigen und vertröstet es auf Mitte des Jahres

1991, um sein Konzept vorzustellen.

Die Bundeswehr muß aber nicht nur zahlenmäßig verringert, sondern sie muß unter Berücksichtigung der völlig neuen sicherheitspolitischen Lage in ihrem Auftrag neu definiert, in ihrer Gliederung neu strukturiert und in Ihrer Begründung neu legitimiert werden.

Diese Dimension der anstehenden Aufgabe wurde bisher nicht erkannt. Die SPD fordert seit Mitte letzten Jahres hierfür ein Konzept und machte dazu konkrete Vorschläge. Doch Herr Stoltenberg schweigt.

Die FDP ist bei den Koalitionsverhandlungen erneut umgefallen. Obwohl man solches Verhalten bei dieser Partei seit langem kennt, so werden die Wortbrüche gegenüber dem Wähler dennoch immer dreister und die Abstände im Widerspruch zwischen erklärtem Anspruch und praktizierter Wirklichkeit immer kürzer. Dies wird besonders deutlich bei den Beschlüssen über den Jäger 90 und der Dauer des Grundwehrdienstes.

Vor der Bundestagswahl stellte die FDP fest, der Jäger 90 werde nicht gebraucht und sei überflüssig. Bei einer Weiterführung der Koalition werde sie den Ausstieg aus dem Projekt zur Sollbruchstelle bei den Koalitionsverhandlungen machen. Nunmehr trägt die FDP den Beschluß mit, die Entwicklung des Jäger 90 zu Ende zu führen und stellt im Einvernehmen fest, daß in den nächsten zehn Jahren ein neues Jagdflugzeug gebraucht werde.

Genauso widersprüchlich verhält sich diese Partei bei der Dauer des Grundwehrdienstes. Auf ihrem Parteitag im Herbst letzten Jahres kündigte sie lautstark an, die Wehrdienstzeit in der neuen Legislaturperiode auf neun Monate verkürzen zu wollen. Kaum daß die Wahl vorbei ist, kommt sie mit der CDU/CSU überein, die Dauer des Grundwehrdienstes auch über 1994 hinaus bei 12 Monaten zu belassen.

Mit diesen Roßtäuschertricks ging die FDP auf Stimmenfang und täuschte bewußt die Wähler über ihre wahren Absichten.

Die Zukunft im Bereich der Verteidigung verheißt auch deshalb nichts Gutes, weil Herr Stoltenberg Verteidigungsminister bleibt, obwohl sich in seiner bisherigen Amtsführung herausgestellt hat, daß er notwendige Entscheidungen nicht trifft, sondern vor sich herschiebt. Dies umfaßt die Bundeswehrplanung im ganzen ebenso wie in einzelnen Bereichen. So fehlen nach wie vor eine schlüssige Reservistenkonzeption - Pflichtwehrübungen werden unverändert durchgeführt - die gesetzliche Regelung der Dienstzeit und die Einführung der Beteiligungsrechte nach dem Personalvertretungsgesetz in den Streitkräften. Ganz zu schweigen von der Integration der ehemaligen NVA in die Bundeswehr, von der wir noch weit entfernt sind und aufgrund falscher Analysen und fehlender Konzepte leider auch noch lange bleiben werden.

Verteidigungsminister Stoltenberg und der politischen Leitung der Hardthöhe mangelt es an Ideen, um aus diesen die Kraft zur politischen Gestaltung zu schöpfen, die notwendig ist, um Aufgaben zu bewältigen, die vor uns liegen.

(-/24.1.1991/hgs/ks)

Atomanlagen als Angriffsziele

Eine Trennung von ziviler und militärischer Nutzung der Kernenergie ist unmöglich

Von Harald B. Schäfer MdB

Die Erfolgsmeldungen der Militärs klingen eindeutig: Durch Bombardierung sollen die irakischen Atomanlagen "ausgeschaltet" worden sein. Die Frage nach den sonstigen Folgen dieses Angriffs blieb unbeantwortet. Darüber, ob eine radioaktive Verseuchung der Umgebung der Einrichtungen stattgefunden hat und inwieweit die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen worden ist, gibt es nur Spekulationen. Die Nachrichtenzensur wirkt. Zweierlei aber beweisen die Vorgänge im Irak: Atomanlagen können vor Kriegseinwirkungen nicht geschützt werden. Und mit der Lieferung ziviler kerntechnischer Anlagen und nuklearen Know-hows geht immer das Risiko einher, daß diese zu militärischen Zwecken mißbraucht werden.

Soweit bekannt ist, verfügt der Irak zumindest über zwei Forschungsreaktoren und zwei Herstellungs- und Lagerstätten für Brennelemente. Ein dritter - weitaus größerer - Reaktor ist im Jahre 1981 durch israelische Kampfflugzeuge zerstört worden. Atomanlagen stellen also in kriegesischen Auseinandersetzungen bevorzugte Angriffsziele dar, auch wenn diese Zerstörungen unter militärischen Gesichtspunkten völlig nutzlos sind. Atomanlagen können auch zum Objekt terroristischer Aktionen werden. Vor derartigen Angriffen sicher zu schützen sind sie weder im Irak noch in Deutschland. Auch bei uns verfügen zahlreiche kerntechnische Einrichtungen nicht über einen Berstschutz. Angriffe auf Reaktoren können aber verheerende Folgen bis hin zur Kernschmelze auslösen. Hunderttausende von Menschen sind gefährdet. Die Anfälligkeit der Atomanlagen gegenüber Einwirkungen von außen stellt ein erhebliches Risiko bei der Nutzung der Kernenergie dar.

Die jetzt bombardierten irakischen Reaktoren, die aus Frankreich und aus der Sowjetunion geliefert wurden, stehen unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Agentur. Irak hat den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Die letzte IAEA-Inspektion hat im November des vergangenen Jahres stattgefunden und keine Beanstandungen ergeben. Dennoch begründete das amerikanische Oberkommando das Bombardement mit dem Verdacht, die Anlagen sollten zum Bombenbau genutzt werden. Damit stellt es aber das gesamte internationale Überwachungssystem in Frage. Dieses geht nämlich davon aus, daß eine technische Trennung zwischen dem Bau von Atomwaffen und der energiewirtschaftlichen Nutzung der Atomkraft möglich ist. Nichtkernwaffenstaaten, die dem Vertrag beitreten, verpflichten sich, auf den Erwerb von Kernwaffen zu verzichten. Auf der anderen Seite haben sie dann Anspruch auf Unterstützung beim Erwerb nuklearer Technologien.

Gegen den Irak besteht seit längerem der Verdacht, daß er trotz seiner Unterschrift unter den Nichtverbreitungsvertrag an einem Kernwaffenprogramm arbeitet. Selbst wenn die in den Irak gelieferten Atomanlagen unter IAEA-Kontrolle stehen und nicht für militärische Zwecke mißbraucht werden - was die Amerikaner offenbar bezweifeln -, existieren keine Sicherungen dagegen, daß das in diesem Zusammenhang legal zur Verfügung gestellte kerntechnische Know-how zur Bombenproduktion eingesetzt wird. Das internationale Überwachungssystem, das als System vertrauensbildender Maßnahmen unter Abtretung nationaler Souveränitätsrechte durchaus zu begrüßen ist, schafft keine Gewähr gegen eine Weiterverbreitung von Kernwaffen. Jede internationale nukleare Kooperation birgt das Risiko eines militärischen Mißbrauchs in sich.

Die SPD hat daher bereits auf dem Nürnberger Parteitag von 1986 die Unterbindung des Exports von Kernenergieanlagen aus der Bundesrepublik Deutschland gefordert. Der Fall Irak zeigt, wie berechtigt diese Forderung war und ist. Das Risiko der Weiterverbreitung von Atomwaffen ist ein wichtiger Grund für den Ausstieg aus der Kernenergienutzung.

(-/24.1.1991/hgs/ks)

DOKUMENTATION

Bonner Appell für die Beendigung des Golfkrieges

Die Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS) hat im Vorfeld der Bonner Friedensdemonstration gegen den Golfkrieg am 26. Januar einen "Bonner Appell für die Beendigung des Golfkrieges" veröffentlicht:

I.

Der Krieg am Golf muß sofort beendet werden. Jeder Tag, den er länger dauert, verschlechtert die Chancen für eine dauerhafte Friedenslösung. Wir appellieren an alle Beteiligten, sofort die Kampfhandlungen einzustellen. Die Weltgemeinschaft muß mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln den Irak zum Abzug aus Kuwait zwingen. Dazu gibt es keine vernünftige Alternative.

Jede Gleichsetzung der Kritiker dieses Krieges mit den Vertretern der Appeasementpolitik, die Hitlers Annektion des Sudetenlandes 1938 im Münchner Vertrag vertraglich absegneten, ist demagogisch und historisch falsch.

Niemand gesteht dem Irak das Recht auf die Annektion Kuwaits zu. Es geht allein um die Wahl der Mittel, um den irakischen Abzug durchzusetzen.

Diejenigen, die jetzt gegen den Irak Krieg führen, haben dieses Land noch bis vor kurzem hochgerüstet. Sie haben nichts dagegen getan, daß Saddam den Iran überfallen und tausende Kurden vergast hat. Sie haben bis unmittelbar vor dem Einmarsch in Kuwait trotz Kenntnis der Angriffsvorbereitungen Iraks keine Warnung an den Diktator ausgesprochen. Dieser Fehler kann nicht durch Krieg wieder gutgemacht werden.

Auch die Totalzensur über die Kriegsberichterstattung in den Medien kann nicht darüber hinwegtäuschen: Die Fortsetzung des Krieges riskiert katastrophale Folgen für die ganze Welt. Angesichts der Verwundbarkeit der heutigen Zivilisation ist Krieg als Mittel der Politik auch für gerechte Ziele nicht mehr zulässig.

Die Erfolge der Entspannungspolitik und das Ende des Kalten Krieges befähigen die Weltgemeinschaft heute, einen Aggressor und Menschenrechtsverletzer durch politische Mittel und wirtschaftlichen Boykott effektiv zu isolieren und zum Einlenken zu zwingen.

Der Krieg am Golf hätte verhindert werden können, wenn man den UN-Sanktionen die notwendige Zeit gegeben hätte.

II.

In Europa hat die Erkenntnis, daß ein Krieg zum Untergang aller führen und keinen Sieger kennen würde, die Entspannungspolitik und den Weg zur KSZE ermöglicht. Nach dem Überfall des Warschauer Paktes auf die Tschechoslowakei 1968 hatte nicht eine militärische Eskalation, sondern die Entspannungspolitik Willy Brandts den Frieden in Europa gesichert und schließlich zum Sturz der Diktaturen in Osteuropa beigetragen.

Diese einzige Alternative zum Krieg gilt auch im Nahen Osten. Auch dort wird es am Ende eines längeren Krieges keine Sieger geben. Verlierer wäre insbesondere Kuwait, das zerstört und weithin unbewohnbar würde. In der ganzen Region würden Hunderttausende Menschen getötet, vergiftet und verstümmelt, Millionen würden in die Flucht getrieben.

Verlierer könnte die ganze Menschheit werden, wenn brennende Ölquellen eine Umweltkatastrophe von globaler Dimension heraufbeschwören.

Keiner der in Nahost seit Jahrzehnten schwebenden Konflikte würde durch einen militärischen Sieg über den Irak gelöst, im Gegenteil, alles wäre noch schlimmer als zuvor.

Der Drang anderer Staaten der Region zur Atombombe als "Abschreckung" gegen den übermächtigen Westen würde neue Gefahren heraufbeschwören.

Verzweiflung und das Gefühl der Erniedrigung bei den arabischen Massen, Haß gegen den Westen und die UN insgesamt wären schwere Hypotheken für einen Neubeginn.

Dies wäre gleichzeitig die schlechteste Voraussetzung für die Sicherheit und die Sicherung der Existenz Israels, die in jedem Fall gewährleistet sein muß. Dafür ist auch die Versöhnung zwischen dem jüdischen und dem arabischen Volk notwendig.

III.

Die Bundesrepublik Deutschland darf sich auf keinen Fall in diesen Krieg hineinziehen lassen.

Da das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr am Golf verbietet, wird nun versucht, die Bundesrepublik über den Mißbrauch des "Bündnisfalles gegenüber der Türkei" in den Krieg hineinzuziehen. Dies würde die Glaubwürdigkeit und Zukunft der NATO ernsthaft gefährden.

Ein Bündnisfall ist nur dann gegeben, wenn ein Mitgliedsstaat der NATO unprovokiert angegriffen worden ist. Wird ein solcher Angriff durch den Einsatz von US-Kampfbombern von türkischem Gebiet aus gegen den Irak provoziert, so kann kein Bündnisfall gegeben sein. Denn die UN-Resolution vom 29. November 1990 rechtfertigt einen solchen Einsatz nicht. Sie hat zum Ziel, gegebenenfalls militärische Mittel einzusetzen, um den Irak aus Kuwait zu vertreiben, nicht aber, ihn durch Krieg militärisch zu vernichten.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die 18 deutschen Alpha Jets der mobilen NATO-Truppe sofort aus der Türkei zurückzurufen. Ihr Verteidigungsauftrag ist durch den Beschluß des türkischen Parlaments, von türkischem Boden aus den Irak anzugreifen zu lassen, mißbraucht und damit zunichte gemacht.

Die Bundesrepublik darf nicht durch militärische Präsenz in der Türkei in den Krieg hineingezogen werden.

Wir wenden uns entschieden gegen die Anmaßung der Bundesregierung, über den "Bündnisfall" selbst anstelle des Deutschen Bundestages entscheiden zu wollen.

Beim "Bündnisfall" geht es um dasselbe wie beim "Verteidigungsfall": Es ist die Entscheidung über Krieg und Frieden, den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in den Kriegszustand. Die Entscheidung darüber steht nach Artikel 115a des Grundgesetzes allein dem Deutschen Bundestag zu, der sie mit Zweidrittel-Mehrheit zu fällen hat.

Ein Beharren der Bundesregierung auf ihrer Position wäre gleichbedeutend mit der Außerkraftsetzung originärer Verfassungsrechte des Parlaments, das heißt Ausschaltung der gewählten Volksvertretung.

IV.

- * Wir appellieren an die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates und die EG-Außenminister, alles nur Mögliche für einen sofortigen Waffenstillstand zu tun.
- * Wir fordern die irakische Führung auf, sofort mit dem Abzug aus Kuwait zu beginnen, im Interesse des Friedens und der Menschen, und die Raketenangriffe auf Israel sofort zu beenden.

- * Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in der UNO umgehend für eine Nahost-Friedenskonferenz nach dem Vorbild der KSZE einzusetzen, die das geeignete Mittel ist, um in der Region die Voraussetzungen für Sicherheit, Abrüstung und Selbstbestimmung zu schaffen.
- * Wir fordern die Bundesregierung auf, die Bundeswehreinheiten aus der Türkei zurückzuziehen und endlich Waffenexporte wirksam zu unterbinden.

Der Krieg am Golf muß sofort beendet werden, wenn die Politik noch einmal eine Chance haben soll.

(-/24.1.1991/hgs/ks)

Diesen Appell hatten bis Donnerstag mittag folgende SPD-Bundestagsabgeordnete unterzeichnet:

Bernd Reuter
Jutta Müller
Ulrike Mehl
Wolfgang Thierse
Katrln Fuchs
Rudolf Binding
Ulrike Mascher

Günther Meyenn
Monika Ganseforth
Gabriele Iversen
Adolf Ostertag
Edelgard Bulmahn
Horst Peters
Professor Uwe Holz

Ich unterstütze den Bonner Appell für die Beendigung des Golfkrieges:

Ich bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden und spende DM für die Finanzierung einer Zeitungsanzeige auf Konto Nr. 1027146000, IFIAS e.V., BIG Bonn, BLZ 380 101 11

Name/Funktion/Beruf	Anschrift	Unterschrift
Rückmeldungen an:	W.Biermann, IFIAS, Stralsunder Weg 50, 5300 Bonn 1 Fax: 0228/665843 / Tel.: 0228 / 664442	